

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....XIX

LiteraturverzeichnisXXIII

A. Einleitung 1

- I. Einführung 1
- II. Ziel der Untersuchung 3
- III. Gang der Untersuchung 4

B. Die sozioökonomische Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung..... 7

- I. Die drei Säulen der Alterssicherung 7
- II. Der Wandel im Drei-Säulen-System 8
- III. Betriebliche Altersversorgung im Fokus der Alterssicherung..... 9
- IV. Betriebliche Altersversorgung als soziales Gestaltungsinstrument 10

C. Arbeitsrechtliche Grundlagen der betrieblichen Altersversorgung..... 13

- I. Einordnung des Betriebsrentenrechts 13
- II. Freiwilligkeit der betrieblichen Altersversorgung..... 14
- III. Voraussetzungen der betrieblichen Altersversorgung..... 15
 - 1. Versorgungszweck..... 15
 - 2. Biologisches Ereignis 16
 - 3. Arbeitsverhältnis als Anlass für die betriebliche Altersversorgung 17
- IV. Begründung von Versorgungszusagen 18

1.	Individualrechtlich begründete Versorgungszusagen.....	19
a)	Ausgehandelte Individualzusagen.....	20
b)	Individualrechtliche Versorgungszusagen mit kollektivem Bezug.....	21
aa)	Vertragliche Einheitsregelungen.....	22
bb)	Gesamtzusagen	22
c)	Betriebliche Übung.....	24
d)	Arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz.....	25
2.	Kollektivrechtliche Rechtsbegründungsakte.....	26
a)	Tarifvertragliche Zusagen der betrieblichen Altersversorgung	27
aa)	Die Regelung von betrieblicher Altersversorgung durch Tarifvertrag	27
bb)	Geltungsanspruch des Tarifvertrages	29
cc)	Tarifvertragliche Regelungsmodelle über betriebliche Altersversorgung	30
b)	Betriebsvereinbarungen über betriebliche Altersversorgung	31
aa)	Betriebsvereinbarungen als Gesetze des Betriebes.....	31
bb)	Geltungsanspruch der Betriebsvereinbarung	33
cc)	Betriebsverfassungsrechtliche Modelle über betriebliche Altersversorgung	35
c)	Versorgungszusage mittels verbindlicher Richtlinien nach dem SprAusG	35
3.	Formelle Anforderungen an Versorgungswerke.....	36

D.	Die Illusion von eindeutigen und prospektiven Versorgungszusagen.....	39
I.	Veränderungen im Betriebsrentenrecht.....	39
1.	Gesetzliche Veränderungen.....	39
2.	Änderungen in der betriebsrentenrechtlichen Rechtsprechung.....	40
II.	Komplexität der betrieblichen Altersversorgung.....	40

1.	Unterschiedliche Durchführungswege und Leistungsplanstrukturen.....	40
2.	Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung.....	41
3.	Verwendung von Verweisungs- und Bezugnahmeklauseln.....	42
III.	Reale Veränderungen im Umfeld des Arbeitgebers.....	42
1.	Unbedachte Krisenszenarien.....	42
2.	Wechsel oder Austausch der Vertragspartner.....	43
IV.	Die Schwächen des menschlichen Sprachsystems	43
V.	Die methodischen Instrumente des Rechts bei Mehrdeutigkeiten und Lückenhaftigkeiten.....	44
1.	Trennung nach dem jeweiligen Rechtsbegründungsakt	44
2.	Terminologische Unterscheidung	45

E. Die Auslegung von individualrechtlich begründeten Versorgungszusagen.....47

I.	Auslegung von ausgehandelten Individualzusagen	47
1.	Besonderheiten von ausgehandelten Individualzusagen.....	47
a)	Das Bedürfnis nach zusätzlicher Altersversorgung bei „Besserverdienern“	48
b)	Vertragsparität im Bereich der ausgehandelten Individualzusagen	48
2.	Der geltende Auslegungsgrundsatz nach §§ 133, 157 BGB.....	50
3.	Die Folgen eines objektiv-individualisierten Auslegungsgrundsatzes.....	52
a)	Sperrwirkung des übereinstimmenden Willens.....	52
b)	Maßgeblicher Auslegungszeitpunkt.....	53
aa)	Zeitpunkt des Vertragsschlusses.....	54
bb)	Berücksichtigung von tatsächlichen Veränderungen	54
4.	Methodische Vorgehensweise bei der erläuternden Auslegung.....	56
a)	Objektiv-individualisierter Empfängerhorizont.....	56
b)	Methodisch-formale Auslegungskriterien.....	57

aa)	Wortlaut.....	58
bb)	Regelungszusammenhang.....	59
cc)	„Begleitumstände“.....	61
(1)	Verbot der reinen Buchstabeninterpretation.....	61
(2)	Gremienentscheidungen bei Zusagen gegenüber Organen.....	62
dd)	Interessenlage und Gesamtzweck.....	63
ee)	Berücksichtigung von Wertungsgesichtspunkten.....	64
(1)	Grundsatz von Treu und Glauben.....	65
(2)	Berücksichtigung der Verkehrssitte.....	66
5.	Auflösung von verbleibenden Unklarheiten.....	67
a)	Regelungsgehalt von inhaltlich-materialen Auslegungsregeln.....	68
b)	Das Verhältnis von inhaltlichen Auslegungsregeln zur ergänzenden Auslegung.....	68
c)	Inhaltlich-materiale Auslegungsregeln.....	69
aa)	Keine Geltung einer allgemeinen Unklarheitenregel im Bereich der Individualzusagen.....	70
bb)	Auslegungsregeln als Folge richterlicher Erfahrung.....	70
(1)	Höchstrichterliche Erfahrungswerte als Auslegungskomponente.....	70
(2)	Anforderungen an richterliche Auslegungsregeln.....	71
(3)	Abgeschwächte Bindungswirkung von Präjudizien.....	72
cc)	Restriktive Handhabung von Erledigungsklauseln.....	73
(1)	Erledigungsklauseln.....	74
(2)	Reichweite von Erledigungsklauseln.....	74
(3)	Abfindungsverbot nach § 3 BetrAVG.....	75
II.	Auslegung von vorformulierten Versorgungszusagen.....	76
1.	Unternehmerisches Interesse an einheitlichen Versorgungsstrukturen.....	76
2.	Kompensation fehlender Vertragsparität.....	77
3.	Die Auswirkungen der Schuldrechtsmodernisierung.....	78

a)	Öffnung des AGB-Rechts für das Arbeitsrecht.....	78
b)	Keine Öffnung für kollektivrechtlich begründete Versorgungswerke.....	78
c)	Verweisungen auf ein kollektivrechtliches Versorgungswerk.....	79
aa)	Anwendung auf vorformulierte Verweisklauseln.....	80
bb)	Reichweite von Verweisklauseln im Betriebsrentenrecht.....	82
cc)	Eingeschränkte Anwendbarkeit des AGB-Rechts für das in Bezug genommene Kollektivwerk.....	83
dd)	Nebeneinander von unterschiedlichen Auslegungsgrundsätzen.....	86
4.	Geltungsbereich des AGB-Rechts im Betriebsrentenrecht	86
a)	Erfasste Versorgungsbedingungen	86
aa)	Einseitig gestellte vorformulierte Versorgungsbedingungen gegenüber einer Vielzahl von Arbeitnehmern.....	87
bb)	Vorformulierung für eine Vielzahl von Fällen.....	88
cc)	Versorgungsberechtigte als Verbraucher	88
b)	Explizite Ausnahme für ausgehandelte Individualzusagen.....	90
5.	Objektiv-generalisierender Auslegungsgrundsatz.....	91
a)	Grundsätzliche Anwendung der §§ 133, 157 BGB	92
b)	Modifikationen des objektiv-individualisierten Auslegungsgrundsatzes.....	92
aa)	Auffassung des BAG	92
bb)	Auffassung im Schrifttum.....	93
cc)	Stellungnahme.....	94
6.	Methodische Besonderheiten bei der Auslegung von vorformulierten Versorgungsbedingungen	95
a)	Modifizierung des Empfängerhorizonts.....	95
aa)	Objektiv-generalisierender Empfängerhorizont	95
bb)	Empfängerhorizont bei Versorgungsbedingungen zur einmaligen Verwendung.....	96
b)	Vorrang des übereinstimmenden Willens.....	97

c)	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Auslegung.....	98
d)	Auswirkungen eines objektiv-generalisierenden Auslegungsgrundsatzes auf die formal-methodischen Auslegungskriterien.....	99
aa)	Rückgriff auf neutrale Auslegungskriterien.....	99
(1)	Wortlaut und Regelungszusammenhang	99
(2)	Altersteilzeitvereinbarungen und betriebliche Versorgungsleistungen.....	100
bb)	Berücksichtigung von Begleitumständen	102
(1)	Konkret-individuelle Begleitumstände	102
(2)	Verallgemeinerbare Begleitumstände	103
(3)	Ablösung von betriebsvereinbarungsoffenen Gesamtzusagen	103
cc)	Berücksichtigung von Begleitumständen bei Versorgungsbedingungen zur einmaligen Verwendung.....	105
e)	Auflösung von verbleibenden Zweifeln gemäß § 305c Abs. 2 BGB.....	106
aa)	Zweck der Unklarheitenregel	107
bb)	Reichweite der Unklarheitenregel	108
cc)	Voraussetzung und Rechtsfolgen der Unklarheitenregel.....	108
(1)	Mehrdeutige Auslegung.....	108
(2)	Rechtsfolgen der Unklarheitenregel.....	110
f)	Die Unklarheitenregel im Regelungssystem des AGB-Rechts.....	111
aa)	Trennung zwischen Auslegung und Inhaltskontrolle als Ausdruck einer methodenehrlichen Rechtsanwendung.....	111
bb)	Abgrenzung der Auslegung vom Transparenzgebot.....	112
(1)	Das Transparenzgebot.....	112
(2)	Abgrenzungskriterien.....	113
(3)	(In-)Transparenz von „Haupternährerklauseln“	114
cc)	Ablösung des Restriktionsprinzips durch die Unklarheitenregel.....	116

7.	Angemessene Berücksichtigung der Besonderheiten des Arbeitsrechts	117
a)	Die Besonderheitenregel des § 310 Abs. 4 Satz 2 BGB.....	117
aa)	Unklare gesetzgeberische Intention	118
bb)	Deutungsversuche aus der Literatur.....	118
cc)	Stellungnahme.....	118
b)	Berücksichtigung der Besonderheitenregel bei der Auslegung.....	119
aa)	Auslegung als Anwendung der AGB-rechtlichen Vorschriften	119
bb)	Konkretisierung der Besonderheitenregel.....	120
(1)	Angemessene Berücksichtigung der Besonderheiten	120
(2)	Rechtliche und tatsächliche Besonderheiten	121
c)	Besonderheiten der betrieblichen Altersversorgung	122
aa)	(Schutz-)Regelungen des BetrAVG	122
(1)	Einseitig zwingende Regelungen des BetrAVG	122
(2)	Wirkung gesetzlicher Anrechnungsverbote	123
bb)	Betriebsrentenrechtliche Rechtsprechung.....	124
cc)	Langlebigkeit der betrieblichen Altersversorgung	125
III.	Ergänzende Auslegung von individualrechtlich begründeten Versorgungszusagen.....	125
1.	Das Verhältnis der ergänzenden Vertragsauslegung zum dispositiven Recht.....	126
2.	Maßstab bei der Lückenschließung von Versorgungszusagen	127
a)	Maßstab der ergänzenden Auslegung.....	128
b)	Modifizierter Maßstab bei vorformulierten Versorgungsbedingungen.....	128
3.	Maßgeblicher Auslegungszeitpunkt.....	129
4.	Lückenschließung im Rahmen der ergänzenden Vertragsauslegung	130
a)	Vorliegen einer planwidrigen Regelungslücke	130

aa)	Lückenhaftigkeit einer Versorgungszusage bei vorgezogener Inanspruchnahme nach vorzeitigem Ausscheiden.....	130
bb)	Mangelnde Planwidrigkeit bei enormen Mehrbelastungen.....	132
b)	Lücken in vorformulierten Versorgungsbedingungen.....	133
aa)	Anfängliche oder nachträgliche planwidrige Regelungslücken.....	133
bb)	Nichteinbeziehung bzw. Unwirksamkeit einer Klausel....	133
c)	Ermittlung eines mutmaßlichen Parteiwillens	135
aa)	Mutmaßlicher Parteiwille	135
bb)	Auslegungskriterien zur Ermittlung eines mutmaßlichen Parteiwillens	136
cc)	Grenzen der Ermittlung eines mutmaßlichen Willens	136

F. Die Auslegung von versorgungsrechtlichen Kollektivvereinbarungen.....139

I.	Betriebliche Altersversorgung auf kollektivrechtlicher Grundlage	139
1.	Vertragsparität im Kollektivarbeitsrecht.....	139
2.	Zum Auslegungsbedarf von Kollektivvereinbarungen.....	140
II.	Die Kontroverse um die geltenden Auslegungsgrundsätze.....	141
1.	Die Qualifizierung des Auslegungsgegenstandes	141
2.	Auslegungsansätze	143
a)	Vertragsrechtlicher Auslegungsansatz	143
b)	Gesetzesgleicher Auslegungsansatz des BAG.....	143
c)	Stellungnahme.....	144
3.	Das Ziel der klassischen Gesetzesauslegung.....	145
a)	Klassisch subjektive Auslegungstheorie	145
b)	Klassisch objektive Auslegungstheorie	146
c)	Auffassung von Rüthers.....	147
d)	Verständnis des BVerfG.....	147

4.	Der Auslegungsansatz für den normativen Teil einer kollektivrechtlichen Vereinbarung	149
a)	Verfassungsrechtliche Implikationen der Diskussion.....	150
b)	Methodische Überlegungen	152
c)	Das Verlangen nach Rechtsklarheit beim Normunterworfenen.....	153
d)	Formelle Aspekte der Normauslegung.....	155
e)	Conclusio für die Auslegung von Kollektivvereinbarungen	156
5.	Der methodische Auslegungsansatz des BAG	157
a)	Die Auslegung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes.....	157
b)	Die Auslegung des normativen Teils eines Tarifvertrages.....	158
c)	Die Auslegung des normativen Teils einer Betriebsvereinbarung	158
d)	Stellungnahme.....	159
III.	Die Methodik bei versorgungsrechtlichen Kollektivvereinbarungen	160
1.	Der übereinstimmende Wille der Tarif- und Betriebspartner	160
a)	(Eingeschränkter) Vorrang des übereinstimmenden Willens	160
b)	Nachverhandlungsklauseln.....	161
2.	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Auslegung	162
3.	Methodische Vorgehensweise bei der Auslegung von versorgungsrechtlichen Kollektivvereinbarungen.....	162
a)	Wortlaut.....	163
b)	Systematik.....	165
c)	Historische Erwägungen	167
d)	Sinn und Zweck	167
4.	Auflösung von verbleibenden Unklarheiten.....	168

a)	Keine allgemeine Zweifelregel zugunsten der Arbeitnehmer im Kollektivarbeitsrecht	168
b)	Restriktive Auslegung bezüglich des persönlichen Anwendungsbereichs	170
c)	Vorrang von richterrechtlichen Auslegungsregeln	170
aa)	Anhebung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung	170
bb)	Mitwandern der Altersgrenze.....	172
cc)	Stellungnahme.....	173
IV.	Lückenschließung bei Kollektivvereinbarungen.....	175
1.	Zulässigkeit der Fortbildung im Kollektivarbeitsrecht	175
2.	(Un-)Bewusste Lückenfüllung	176
a)	Lückenhaftigkeit des Versorgungswerkes	177
b)	Ermittlung eines mutmaßlichen Willens	178
3.	Fortbildung und die Störung der Geschäftsgrundlage	179
a)	Vorrang der Fortbildung	179
b)	Geschäftsgrundlage der betrieblichen Altersversorgung.....	180
aa)	Grundlage des Vertrages	180
bb)	Unvorhersehbarkeit und Unzumutbarkeit.....	181
c)	Gespaltene Rentenformel	182
aa)	Außerplanmäßige Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze	182
bb)	Kurswechsel des BAG.....	183

G. Die Auslegung von Versorgungsbedingungen externer Versorgungsträger

I.	Durchführung der betrieblichen Altersversorgung	187
1.	Unmittelbare Durchführung durch den Arbeitgeber	189
2.	Mittelbare Durchführung durch externen Versorgungsträger.....	190
3.	Die Pflicht des Arbeitgebers nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG	191

a)	Einstandspflicht des Arbeitgebers	192
b)	Gesamtschuldnerische Haftung	192
c)	Methodische Trennung der Rechtsbeziehungen bei der mittelbaren Durchführung	193
II.	Die Bezugsberechtigung in Direktversicherungsverträgen	194
1.	Versicherungsvertragliche Grundlagen der Direktversicherung.....	195
a)	Abschluss und Inhalt des Direktversicherungsvertrages	195
b)	Auslegung von Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB).....	196
aa)	Geltung der Auslegungsgrundsätze für AGB.....	197
bb)	Berücksichtigung der Interessenlage des Versorgungsberechtigten.....	198
cc)	Unklarheitenregel des § 305c Abs. 2 BGB.....	198
dd)	Ergänzende Auslegung von AVB	199
2.	Betriebsrentenrechtliche Grundlagen der Direktversicherung	199
3.	Berücksichtigung der Wertungen des Betriebsrentenrechts bei unklarem versicherungsvertraglichem Bezugsrecht.....	200
a)	Eingeschränkt unwiderrufliche Bezugsrechte im Rahmen einer Unternehmensinsolvenz	200
b)	Stellungnahme.....	202
III.	Die Verweisung auf Satzungsbestimmungen einer Pensionskasse	203
1.	Versicherungsaufsichtsrechtliche Grundlagen der Pensionskasse.....	204
a)	Deregulierte Pensionskassen	204
b)	Regulierte Pensionskasse nach § 233 VAG	204
2.	Auslegung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen einer Pensionskasse.....	206

a)	Auslegung von Allgemeinen Versicherungsbedingungen einer deregulierten Pensionskasse	206
b)	Auslegung von Allgemeinen Versicherungsbedingungen einer regulierten Pensionskasse	206
3.	Betriebsrentenrechtliche Grundlagen der Pensionskasse	207
4.	Einstandspflicht trotz Verweis auf satzungsmäßigen Kürzungsvorbehalt.....	208
a)	Hintergrund der Problematik	208
b)	Auslegung der Verweisung auf die Satzungsbestimmungen einer Pensionskasse	209
c)	Stellungnahme.....	210

H.	Thesenhafte Zusammenfassung der Ergebnisse	213
I.	Die Auslegung von individualrechtlich begründeten Versorgungszusagen.....	213
II.	Die Auslegung von versorgungsrechtlichen Kollektivvereinbarungen	216
III.	Die Auslegung von Versorgungsbedingungen externer Versorgungsträger	217
IV.	Fazit	218